

RFNP-Änderung 25 BO – Quartier Feldmark –

Teil A: Begründung

1	Anlass und Erfordernis der Änderung	2
2	Planungsrechtliche Vorgaben	3
2.1	Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)	3
2.2	Vorgaben des Regionalplans Ruhr	5
2.3	Vorgaben des RFNP	5
2.4	Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	6
2.5	Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne	7
2.6	Bebauungsplanung	7
2.7	Sonstige informelle Planungen	7
2.7.1	Strategische Umweltplanung (StrUP)	7
3	Gegenstand der Änderung	7
3.1	Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches	7
3.2	Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung und Änderung der textlichen Festlegung (Ziele oder Grundsätze der Raumordnung)	8
3.3	Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und den regionalplanerischen Teil des RFNP	8
3.4	Bedarfsnachweis	8
3.5	Alternative Entwicklungsmöglichkeiten	9
4	Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien	9
4.1	Bergbau	9
4.2	Altlastenverdachtsflächen / Methanausgasungen	10
4.3	Artenschutz / Landschaftspflegerischer Begleitplan	10
4.4	Forschungsprojekt „Plan4Change“	11
4.5	Immissionen	11
5	Sonstige Belange	11
5.1	Bodendenkmalpflege	11
5.2	Verkehr	11
5.4	Verbandsgrünflächen des RVR	12
6	Verfahrensablauf	12
6.1	Verfahren	12
6.2	Einvernehmen des RVR	12
6.3	Umgang mit den Stellungnahmen	13
7	Flächenbilanz / Monitoring	13

Stand: September 2019

Teil B: Umweltbericht

Teil A: Begründung

1 Anlass und Erfordernis der Änderung

Mit der Rahmenplanung "Ostpark - Neues Wohnen" (Ratsbeschluss April 2016) entwickelt die Stadt Bochum zunächst drei attraktive und nachhaltige Wohnquartiere, die ein breit gefächertes Angebot an Wohnraum schaffen, das Stadtgefüge gut ergänzen, einen Nutzen auch für die bestehenden Stadtquartiere bringen und außerdem mit sehr geringem neuen Flächenverbrauch auskommen. Hierfür bieten sich die Flächen der Rahmenplanung „OSTPARK“ in Altenbochum und Laer (Stadtbezirke Bochum-Mitte und Bochum-Ost) in idealer Weise an, denn diese verfügen über große Potenziale und Standort-Qualitäten.

Mittlerweile wird gemäß dem aktuellen Rahmenplan (Ende 2018) auf das geplante mittlere Wohngebiet (Quartier Havkenscheider Park verzichtet). Stattdessen soll der derzeitige Standort des Sportplatzes des LFC Laer erhalten bleiben.

Besonders hervorzuheben ist bei den geplanten Wohnquartieren die attraktive Lage am Übergang von Stadt und Landschaft, weil das Gebiet eng mit den Ausläufern des regionalen Grünzugs E verwoben ist. Mit den beiden Friedhöfen, den Kleingärten und der freien Feldlandschaft im Osten verfügt das Gebiet über wichtige Grün- und Erholungsbereiche in der direkten Umgebung.

Dabei geht es nicht um eine Inanspruchnahme von ökologisch wertvoller „freier Landschaft“ für Bebauung: Denn die neuen Bauflächen beschränken sich vollständig auf Brachflächen, baulich vorgeprägte Bereiche und lassen außerdem großzügige Grünbereiche frei.

Der Bedarf an neuen Wohnstandorten in Bochum begründet sich zum einen aus einem Gutachten der DSK, Düsseldorf, Mai 2015 „Marktanalyse und städtebaulichen Kalkulation für die Rahmenplanung „Ostpark“ und einer Bedarfsprognose des RVR (2015) im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Ruhr. Die aktuellen Zuzüge und die Verteilung von Flüchtlingen sind bei den o. g. Untersuchungen nicht berücksichtigt (s. auch Pkt. Nr. 3.4 – Bedarfsnachweis – dieser Begründung).

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) der Städtregion Ruhr (Rechtswirksamkeit 03.05.2010) waren bereits im Vorgriff zum Rahmenplan „Ostpark“ folgende drei Wohnbauflächenpotenziale berücksichtigt und beschlossen worden:

BO W3 – Havkenscheider Feld –	8,6 ha
BO W5 – Laerfeld –	4,8 ha
BO W6 – Feldmark –	6,3 ha

Diese drei Wohnbauflächenpotenziale werden bei der Realisierung des Rahmenplanes „Ostpark“ nicht vollständig für eine Wohnnutzung in Anspruch genommen. Teile dieser Flächen bleiben als Freiraum erhalten insbesondere die Potenzialfläche BO W5 – Laerfeld.

Das Quartier Feldmark liegt südlich des Bochumer Hauptfriedhofes und westlich des Sheffield-Rings. Für die Umsetzung der Planung in diesem Bereich gilt für den RFNP:

Die südlichen und westlichen Teilbereiche (Bebauungsplan Nr. 900) gelten als aus dem RFNP entwickelt. Wobei der westliche Teilbereich neben Wohnbauflächen auch Freiraumflächen beinhaltet.

Das östliche Areal (Bebauungsplan Nr. 932 – Ostteil Feldmark –) gilt mit seiner Freiraumdarstellung nicht als aus dem RFNP entwickelt. Für diese vormals als Stadtgärtnerei vorgenutzte, z. T. versiegelte Fläche ist ein RFNP-Änderungsverfahren durchzuführen.

Die RFNP-Darstellungen/-Festlegungen sollen in diesem ca. 3,7 ha großen Änderungsbe- reich von Grünflächen – Friedhof – / Freiraum- und Agrarbereiche in Wohnbauflächen / All- gemeine Siedlungsbereiche geändert werden.

Damit sollen im RFNP die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine maß- und qualitätsvolle Wohnbauentwicklung in diesem Bereich geschaffen werden.

2 Planungsrechtliche Vorgaben

2.1 Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)

Der Landesentwicklungsplan (LEP) ist nach Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungs- blatt des Landes NRW am 08.02.2017 in Kraft getreten.

Für den Geltungsbereich der RFNP-Änderung enthält der LEP in seinem zeichnerischen Teil keine Festlegungen. Nachrichtlich liegt der RFNP-Änderungsbereich im zeichnerischen Teil des LEP im Übergangsbereich vom Siedlungsraum zum Freiraum. Darüber hinaus sind für die Änderung insbesondere die folgenden textlichen Ziele bzw. Grundsätze zu beachten:

6.1-2 Grundsatz Leitbild "flächensparende Siedlungsentwicklung"

Die Regional- und Bauleitplanung soll die flächensparende Siedlungsentwicklung im Sinne des Leitbildes, in Nordrhein-Westfalen das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrs- fläche bis zum Jahr 2020 auf 5 ha und langfristig auf "Netto-Null" zu reduzieren, umsetzen.

6.1-3 Grundsatz Leitbild "dezentrale Konzentration"

Die Siedlungsstruktur soll dem Leitbild der "dezentralen Konzentration" entsprechend weiter- entwickelt werden. Dabei ist die zentralörtliche Gliederung zugrunde zu legen.

6.1-5 Grundsatz Leitbild "nachhaltige europäische Stadt"

Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der "nachhaltigen europäischen Stadt" kompakt ge- staltet werden und das jeweilige Zentrum stärken. Regional- und Bauleitplanung sollen durch eine umweltverträgliche, geschlechtergerechte und siedlungsstrukturell optimierte Zuordnung von Wohnen, Versorgung und Arbeiten zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Redu- zierung des Verkehrsaufkommens beitragen.

6.1-6 Grundsatz Vorrang der Innenentwicklung

Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung haben Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich. Die gezielte Erhaltung und Neuschaffung von Freiflächen im Innenbereich aus städtebaulichen Gründen ist hiervon unbenommen.

6.1-7 Grundsatz Energieeffiziente und klimagerechte Siedlungsentwicklung

Planungen von neuen Siedlungsflächen und des Umbaus bzw. der Sanierung von Sied- lungsgebieten sollen energieeffiziente Bauweisen, den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie Möglichkeiten der passiven und aktiven Nutzung von Solarenergie und anderen er- neuerbaren Energien begünstigen.

Die räumliche Entwicklung soll die bestehende Vulnerabilität des Siedlungsraums gegenüber Klimafolgen – insbesondere Hitze und Starkregen – nicht weiter verschärfen, sondern die Widerstandsfähigkeit des Siedlungsraums stärken und dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

6.1-8 Grundsatz Wiedernutzung von Brachflächen

Durch Flächenrecycling sollen Brachflächen neuen Nutzungen zugeführt werden. Dabei sol- len isoliert im Freiraum liegende Flächen einer Freiraumnutzung zugeführt werden.

Zu den Nachfolgenutzungen regionalbedeutsamer Brachflächen soll frühzeitig ein regionales Konzept erarbeitet werden.

Im Hinblick auf die Wiedernutzung ggf. belasteter Brachflächen soll der Altlastenverdacht im Planungsprozess frühzeitig geklärt werden.

6.1-9 Grundsatz Vorausschauende Berücksichtigung von Infrastrukturkosten und Infrastrukturfolgekosten

Wenn beabsichtigt ist, Flächen für Siedlungszwecke in Anspruch zu nehmen, sollen von den Kommunen zuvor die Infrastrukturkosten und auch die Infrastrukturfolgekosten dem Stand der Planung entsprechend ermittelt und bewertet werden.

Die Planänderung dient der bedarfsgerechten Baulandversorgung für Wohnnutzung (siehe auch unter Punkt 3.4 Bedarfsnachweis). Es handelt sich um eine Arrondierung eines vorhandenen Siedlungsbereiches in Altenbochum. Da der Änderungsbereich als Stadtgärtnerei z. T. baulich vorgeplant und versiegelt ist, handelt es sich in diesem Fall um eine geringfügige reale Freirauminanspruchnahme. Die freiraumbezogenen Zielvorstellungen und großräumigen Funktionen des verbleibenden Freiraums – insbesondere des angrenzenden Regionalen Grünzuges E – bleiben erhalten. Der Rahmenplan „Ostpark – Neues Wohnen“ dient sowohl der Entwicklung von Freiraum und Wohnen als auch der landschaftsplanerisch sinnvollen Gestaltung neuer Siedlungsränder.

Die ergänzende Wohnbebauung trägt zu einer Stärkung des Zentrums und der Infrastrukturauslastung Altenbochums bei.

Der Energiebedarf der neuen Bebauung soll durch äußerst energieeffiziente Bauweisen und Gebäudeausführungen so weit wie möglich reduziert werden. Darüber hinaus ist das Plangebiet für die Fernwärmeversorgung durch die Stadtwerke Bochum Holding GmbH vorgesehen.

Auf der Basis des „Forschungsprojektes Plan4Change“ (siehe Punkt 4.4) ist für das Gesamtprojekt Ostpark die Umsetzung von Empfehlungen zur Anpassung an den Klimawandel beabsichtigt.

Die Brachfläche der ehemaligen Friedhofsgärtnerei liegt nicht isoliert im Freiraum und besitzt keine regionale Bedeutsamkeit. Die geplante Wohnbebauung ergänzt die bereits existierenden baulichen Strukturen nördlich des Werner Hellweges.

Infrastruktur- und Infrastrukturfolgekosten werden im Rahmen der parallel oder nachfolgend aufgestellten verbindlichen Bauleitpläne ermittelt.

6.2-1 Grundsatz Ausrichtung auf zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche

Die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden soll auf solche Allgemeine Siedlungsbereiche ausgerichtet werden, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen (zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche).

Erforderliche neue Allgemeine Siedlungsbereiche sollen unmittelbar anschließend an vorhandenen zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen festgelegt werden. Stehen der Erweiterung zentralörtlich bedeutsamer Siedlungsbereiche topographische Gegebenheiten oder andere vorrangige Raumfunktionen entgegen, kann die Ausweisung im Zusammenhang mit einem anderen, bereits im Regionalplan dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereich erfolgen.

Auf Grundlage des Berichts des Regionalverbands Ruhr zum Daseinsvorsorgemonitoring kann davon ausgegangen werden, dass der Änderungsbereich im zukünftigen Regionalplan Ruhr dem zentralörtlich bedeutsamen ASB zugeordnet werden wird.

6.2-2 Grundsatz Nutzung des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs

Vorhandene Haltepunkte des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs sollen bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden.

Der schienengebundene öffentliche Nahverkehr auf der Wittener Straße (Straßenbahnlinien 302 und 310) ist über den Haltepunkt Mettestraße in ca. 7 Minuten fußläufiger Entfernung vom Plangebiet aus erreichbar. Die schienengebundene Anbindung an den Hauptbahnhof Bochum ist damit gewährleistet.

8.2-3 Grundsatz Bestehende Höchstspannungsfreileitungen

Bei der bauplanungsrechtlichen Ausweisung von neuen Baugebieten in Bauleitplänen oder sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch, die dem Wohnen dienen oder in denen Anlagen vergleichbarer Sensibilität – insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen – zulässig sind, soll nach Möglichkeit ein Abstand von mindestens 400 m zu rechtlich gesicherten Trassen von Höchstspannungsfreileitungen mit 220 kV oder mehr eingehalten werden. (...)

Der im Grundsatz geforderte Abstand von neuen Baugebieten (400 m) zu Trassen von Höchstspannungsfreileitungen wird mit ca. > 1.300 m deutlich überschritten (Umspannwerk Laer, Trasse im Bereich der A 43).

Die vorliegende Änderung entspricht den Zielen und Grundsätzen des LEP NRW.

Die Landesregierung hat am 17.04.2018 Änderungen am Landesentwicklungsplan NRW beschlossen und hierzu das Beteiligungsverfahren eingeleitet. Die in Aufstellung befindlichen Ziele des LEP stellen somit gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 Raumordnungsgesetz sonstige Erfordernisse der Raumordnung dar und sind bei raumbedeutsamen Planungen zu berücksichtigen. Die vorgesehene textliche Änderung berücksichtigt veränderte Zielvorstellungen der jetzigen Landesregierung und die Änderungen des Raumordnungsgesetzes.

Für das vorliegende Änderungsverfahren ergibt sich ein inhaltlicher Bezug nur bei der Streichung des Grundsatzes 6.1-2 (Leitbild Flächensparende Siedlungsentwicklung), die Planung entspricht den in Aufstellung befindlichen Zielen der Raumordnung.

2.2 Vorgaben des Regionalplans Ruhr

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) hat am 07.06.2018 den Erarbeitungsbeschluss zum Regionalplan Ruhr gefasst. Die in Aufstellung befindlichen Ziele des Regionalplans stellen somit gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 Raumordnungsgesetz ebenfalls sonstige Erfordernisse der Raumordnung dar und sind bei raumbedeutsamen Planungen zu berücksichtigen.

Der Entwurf des Regionalplans Ruhr legt in seinem zeichnerischen Teil für den Änderungsbereich insgesamt Allgemeine Siedlungsbereiche fest. Textliche Ziele des Regionalplanentwurfs stehen der geplanten RFNP-Änderung nicht entgegen. Die Planung entspricht somit den in Aufstellung befindlichen Vorgaben des Regionalplans Ruhr. fest. Textliche Ziele des Regionalplanentwurfs stehen der geplanten RFNP-Änderung nicht entgegen. Die Planung entspricht somit den in Aufstellung befindlichen Vorgaben des Regionalplans Ruhr.

2.3 Vorgaben des RFNP

Für die Planung relevante textliche Ziele und Grundsätze der Raumordnung des RFNP sind insbesondere folgende:

- Ziel 3 „*Infrastruktur effektiv nutzen, Verkehr vermeiden bzw. reduzieren*

(1) Neue Baugebiete sind im Interesse einer optimalen Ausstattung räumlich auf Einrichtungen der sozialen und technischen Infrastruktur auszurichten. Die Möglichkeiten einer verbesserten Nutzung bestehender Infrastruktureinrichtungen sind bei der Planung neuer Anlagen zu berücksichtigen.

- (2) Siedlungsbereiche, die an Haltepunkten des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs liegen oder in absehbarer Zeit angebunden werden bzw. die durch leistungsfähige Buslinien mit solchen Haltepunkten verknüpft sind, sind vorrangig in Anspruch zu nehmen.“*
- Ziel 4 „Freiraum sichern, auf Raumgliederung achten
 - (1) Der Freiraum ist von Siedlungstätigkeiten freizuhalten, um die Siedlungsbereiche auf Dauer zu gliedern.*
 - (2) Außerhalb der Siedlungsbereiche sind bandartige bauliche Entwicklungen entlang von Verkehrswegen sowie die Entstehung und Verfestigung von Streu- und Splittersiedlungen zu verhindern.“*
 - Grundsatz 1 „Grünvernetzung sichern, Siedlungsbereiche stadttökologisch weiterentwickeln
 - (1) Der Übergang zwischen Freiraum und baulich geprägten Bereichen hat besondere Bedeutung. Naturräumlich bzw. topografisch vorgegebene Siedlungsbegrenzungen und abschließende Ortseingrünungen sollen deshalb bei der Siedlungsentwicklung berücksichtigt werden.“ (...)*
 - Ziel 5 „Angemessene Versorgung mit Wohnbauflächen sichern:
 - (1) Im Plangebiet ist eine ausreichende Versorgung mit Wohnbauflächen/ASB für alle Segmente des Wohnungsmarktes sicherzustellen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gerecht wird.“ (...)*
 - Ziel 17 „Funktionsfähigkeit des Freiraums erhalten: Wegen seiner Nutz- und Schutzfunktionen, seiner Erholungs- und Ausgleichsfunktionen und seiner Funktionen als Lebensraum für Pflanzen und Tiere ist der bestehende Freiraum zu erhalten. Die noch vorhandenen großen, unzerschnittenen Freiräume sind vor weiterer Zerschneidung und Fragmentierung zu bewahren.“

Aufgrund der geringen Größe der durch das Änderungsverfahren neu vorbereiteten Freirauminanspruchnahme und der Tatsache, dass es sich um die Umnutzung eines aufgegebenen Stadtgärtnereistandes handelt, der bereits stark anthropogen überformt ist, werden die freiraumbezogenen Zielvorstellungen und großräumigen Funktionen des verbleibenden Freiraums gewahrt. Der Rahmenplan „Ostpark – Neues Wohnen“ dient sowohl der Entwicklung von Freiraum und Wohnen als auch der landschaftsplanerisch sinnvollen Gestaltung neuer Siedlungsränder. Darüber hinaus handelt es sich bei dem Änderungsbereich um eine Siedlungsarrondierung, die der bedarfsgerechten Baulandversorgung für Wohnnutzung dient. Neue Streu- und Splittersiedlungen werden nicht geschaffen. Teile der drei im RFNP dargestellten Wohnbauflächenpotenziale werden bei der Realisierung des Rahmenplanes „Ostpark“ nicht vollständig für eine Wohnnutzung in Anspruch genommen. Mittlerweile wird gemäß dem aktuellen Rahmenplan (September 2018) auf das geplante mittlere Wohngebiet (Quartier Havkenscheider Park) verzichtet. Stattdessen soll der derzeitige Standort des Sportplatzes des LFC Laer erhalten bleiben. Diese ökologisch wertvollen Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle des RFNP (5 ha) bleiben als Freiraum erhalten.

Die Planungsziele für den Änderungsbereich entsprechen in den Grundzügen den in den Zielen des RFNP formulierten Vorgaben, obwohl in kleinerem Umfang Freiraum in Anspruch genommen wird. Der Sicherung der äußerst maßvollen und bedarfsorientierten Versorgung mit Wohnbauflächen wird der Vorrang eingeräumt.

Im Rahmen der Bebauungsplanverfahren sind die Eingriffe im Sinne von § 1a (3) BauGB vertieft zu prüfen und auszugleichen.

2.4 Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Im Regelfall ist nach § 34 LPlG für Flächennutzungspläne bzw. Flächennutzungsplanänderungen und für nicht aus dem FNP entwickelte Bebauungspläne ein landesplanerisches An-

passungsverfahrens durchzuführen. Zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung hat die Gemeinde dazu bei der Regionalplanungsbehörde anzufragen, welche Ziele für den Planungsbereich vorliegen. Der Regionalplan und damit auch der regionalplanerische Inhalt des RFNP, den die Planungsgemeinschaft in eigener Verantwortung festlegt, nehmen hingegen nicht am landesplanerischen Zielanpassungsverfahren teil.

Für die bauleitplanerischen Inhalte des RFNP ist nach Auffassung des RVR als Regionalplanungsbehörde ebenfalls kein landesplanerisches Zielanpassungsverfahren erforderlich. Der RVR ist am Verfahren ohnehin beteiligt (siehe auch 6.2). Des Weiteren ist eine Genehmigung der RFNP-Änderung durch die Landesplanungsbehörde erforderlich, so dass eine Prüfung der landesplanungsrechtlichen Belange sichergestellt ist (s. 6.4).

2.5 Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne

Der gesamte Änderungsbereich liegt im räumlichen Geltungsbereich des rechtskräftigen Landschaftsplans BO-Mitte/Ost (Entwicklungskarte) mit folgender Zielsetzung:

ENTWICKLUNGSRaum 1.2.36

Stadtgärtnerei/Baumschule Havkenscheider Feld in Bochum-Mitte, 1, und Bochum-Ost, 4, Altenbochum/Laer

Die Funktion des Entwicklungsraumes als Stadtgärtnerei und Baumschule ist beizubehalten.

Die städtische Gärtnerei und Baumschule wurde bereits 2003 aufgegeben. Die Zielsetzung des Landschaftsplanes für den Änderungsbereich ist somit nicht mehr realistisch umzusetzen. Der Änderungsbereich beansprucht / umfasst mit seinen 3,7 ha lediglich einen kleinen Teil des Entwicklungsraumes im Anschluss westlich Sheffield-Ring und nördlich Eichendorffweg. Angrenzende Entwicklungsräume (insbesondere 1.2.35; Hauptfriedhof) sind durch die Änderung nicht betroffen.

2.6 Bebauungsplanung

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für die Wohnbauentwicklung in diesem Änderungsbereich werden parallel zur Änderung des RFNP die Bebauungspläne Nr. 932 und 900 jeweils im Normalverfahren aufgestellt. Während der nördliche Teil des Änderungsbereiches durch den Bebauungsplan Nr. 932 abgedeckt wird, ist der südliche Teil Bestandteil des Bebauungsplanes Nr. 900 (nördlich der Bebauung Eichendorffweg).

2.7 Sonstige informelle Planungen

2.7.1 Strategische Umweltplanung (StrUP)

Der Rat der Stadt Bochum hat am 23.09.2010 die Strategische Umweltplanung (StrUP) als fachübergreifenden und selbstbindenden Rahmenplan zur langfristigen Verbesserung der städtischen Umweltqualität beschlossen. Die StrUP berücksichtigt umweltrelevante Zielvorgaben des RFNP und formuliert als übergeordneten Handlungsbedarf, den sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen, die nachhaltige Sicherung von Umweltfunktionen und die Minimierung von Umweltgefährdungen. Es wurden detaillierte, räumlich differenzierte Umweltqualitätsziele definiert, die im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind. Die konkreten Aussagen und Ziele der StrUP sind in die Umweltprüfung (Umweltbericht) mit eingeflossen.

3 Gegenstand der Änderung

3.1 Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches

Der innenstadtnahe Änderungsbereich als ehemaliger Stadtgärtnereistandort liegt im Stadtbezirk Bochum-Mitte, Stadtteil Altenbochum. Unmittelbar östlich im Bereich des Sheffield-

Rings grenzt der Stadtbezirk Bochum-Ost an. Nach Osten zur A 43 erstreckt sich der Regionale Grünzug E (Kulturlandschaft). Nördlich des Plangebietes dominiert das weitläufige Areal des Bochumer Hauptfriedhofes. Südwestlich des Änderungsbereiches schließen sich mit der Evangelischen Hochschule und der Wohnbebauung am Eichendorffweg urbane Strukturen an.

3.2 Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung und Änderung der textlichen Festlegung (Ziele oder Grundsätze der Raumordnung)

Der Änderungsbereich wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan auf Regionalplanebene als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ festgelegt. Auf Ebene des Flächennutzungsplans stellt der RFNP den Planbereich als „Grünfläche – Friedhof –“ dar. Die Darstellung / Festlegung soll in "Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich" geändert werden.

3.3 Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und den regionalplanerischen Teil des RFNP

Die Änderung betrifft sowohl den flächennutzungsplanerischen als auch den regionalplanerischen Teil des RFNP.

3.4 Bedarfsnachweis

Nachdem die Lage des Bochumer Wohnungs- und Immobilienmarktes über viele Jahre als weitgehend entspannt eingeschätzt wurde, ist dies zurzeit für die meisten Marktsegmente nicht mehr zutreffend. Dies ist einerseits auf die zwischenzeitliche Flüchtlingszuwanderungen und die positive Bevölkerungsentwicklung ab 2014 zurückzuführen. Andererseits hat die über mehrere Jahre vergleichsweise niedrige Neubautätigkeit zu einer Verknappung des Angebotes beigetragen. Indizien dafür sind die zuletzt signifikant gesunkene Leerstandsquote sowie die Entwicklung der Immobilienpreise. Vor diesem Hintergrund ist die Schaffung von neuem Wohnraum von großer Relevanz.

ruhrFIS-Flächeninformationssystem Ruhr

In der Vorbereitung des Verfahrens zur Erarbeitung des Regionalplanes Ruhr hat der RVR in Kooperation mit den Kommunen die Siedlungsflächenreserven zum Stichtag 01.01.2014 ermittelt und diese dem rechnerischen Bedarf gegenüber gestellt (Quelle: RVR Bedarfsberechnung vom 11.12.2015). Betrachtet man die RFNP-Städte als gemeinsamen Bedarfsraum, so stehen 595,0 ha Nettobedarf beim Wohnen 381,8 ha an planungsrechtlich im RFNP gesicherten Reserven gegenüber. Damit verbleibt eine nicht gedeckte Lücke von 213,2 ha.

In seiner Kalkulation vom 11.12.2015 errechnet der RVR für die Stadt Bochum im Bereich der Wohnbauflächenreserven eine nicht gedeckte Bedarfslücke von 14,2 ha netto. Diese errechnet sich aus der Differenz des Nettowohnbaulandbedarfs von 117,5 ha abzüglich der zum 01.01.2014 ermittelten, anzurechnenden Nettoreserven von 103,3 ha.

Auch gemäß der Neuermittlung der Flächenbedarfe für Wohnsiedlungsbereiche im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans Ruhr (RVR 2015) wird für Bochum ein planerischer Bedarf zur Verortung neuer Wohnbauflächen mit einem Volumen von ca. 24,3 (brutto) ha bis zum Jahr 2034 gesehen. Hierbei ist es wichtig, attraktive Wohnstandorte für alle Altersjahrgänge, Einkommensgruppen und Haushaltstypen anzubieten. Dies ist auch im Hinblick auf die Situation der Städte im Ruhrgebiet von Belang, die in einem ständigen Wettbewerb um Einwohner stehen, deren Wohnwünsche sich nicht ausschließlich im vorhandenen Wohnungsbestand realisieren lassen.

Handlungskonzept Wohnen Bochum

Auch das im Auftrag der Stadt Bochum vom Gutachterbüro empirica erstellte Handlungskonzept Wohnen attestiert die Notwendigkeit einer deutlichen Steigerung der Wohnungsbauakti-

vitäten in Neubau und Bestand. Das Konzept wurde im Rahmen eines zwölfmonatigen Prozesses unter intensiver Beteiligung von Akteuren aus Wohnungswirtschaft, Planung, Kreditinstituten, Vereinen und Verbänden sowie Politik und Verwaltung erarbeitet und im November 2017 vom Rat der Stadt beschlossen.

Demnach weist das Wohnraumangebot in Bochum in quantitativer und qualitativer Hinsicht Defizite auf, die zu negativen Folgen wie Preissteigerungen und Abwanderungstendenzen führen. Auch um die erforderliche (nachholende) stadträumliche Verbesserung vorantreiben zu können, muss sich die wohnungspolitische Strategie zur Weiterentwicklung des Wohnstandortes Bochum gemäß den gutachterlichen Empfehlungen gleichermaßen auf Neubaumaßnahmen wie auch auf Maßnahmen der Bestands- und Quartiersentwicklung stützen.

Den Neubaubedarf beziffern die Analysen in kurzfristiger Perspektive auf rd. 800 Wohneinheiten (WE) pro Jahr. Dieser ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ begründet, da im Wohnungsbestand erhebliche Defizite ausgemacht wurden. Wenngleich auch Maßnahmen der Bestandserneuerung (in Form von Kernsanierungen) einen Beitrag zur Behebung des Defizites leisten können, wird es nur durch den bestandsersetzenden Neubau gelingen, die qualitativen Bedarfe vollständig zu decken. Hierzu ist die Ausweisung und Entwicklung weiterer Wohnbauflächen erforderlich, um die Zielzahlen kurz- und mittelfristig erreichen zu können.

Um der Anspannung im preisgünstigen Marktsegment entgegenzuwirken, sollen rd. 200 der erforderlichen 800 WE pro Jahr im Segment des geförderten Wohnungsbaus entstehen. Daher wurde mit dem Handlungskonzept eine Quotierungsregelung beschlossen, welche auch im Falle des Änderungsbereiches „Quartier Feldmark“ Anwendung finden wird.

3.5 Alternative Entwicklungsmöglichkeiten

Die Aufgabe der Nutzung der Änderungsflächen als Stadtgärtnerei im Jahre 2003 schließt eine Weiterführung des Betriebes aus. Für eine Erweiterung des Hauptfriedhofs besteht kein Bedarf. Diese vormals als Stadtgärtnerei vorgenutzte, z. T. versiegelte Brachfläche ist auf Grund des Zuschnitts und der geringen Größe für die Naherholung kaum nutzbar. Daher wird einer geringfügigen Arrondierung des vorhandenen Wohnsiedlungsbereiches der Vorrang eingeräumt. Dafür werden Wohnbauflächenpotenziale des RFNP (s. S. 2 der Begründung) im Rahmen der Umsetzung des Rahmenplanes nicht voll ausgeschöpft. Darum bleiben Teile dieser Potenzialflächen – insbesondere „BO W5 Laerfeld“ mit 4,8 ha – als landschaftlich wertvolle Grünstrukturen für den Freiraum erhalten. Darüber hinausgehende, alternative umweltverträglichere Wohnbauflächenpotenzial-Standorte konnten im Bereich von Altenbochum nicht ermittelt werden. Die geplante Wohnbebauung im Quartier Feldmark dient der Stärkung des Nahversorgungsstandortes Altenbochum und der Auslastung seiner Infrastruktur.

4 Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien

Im Rahmen der Bebauungsplanverfahren Nr. 932 und 900 wurden Gutachten erstellt und ein Forschungsvorhaben (Plan4Change) durchgeführt, die im Änderungsverfahren Berücksichtigung finden.

4.1 Bergbau

Das Bergbau-Gutachten von CDM-Smith (Grubenbildeinsichtnahme) vom 14.09.2016 wurde für den Bebauungsplan 900 und 932 im Bereich Quartier Feldmark erstellt.

Die gefundenen Bergbauschäden liegen allesamt außerhalb des Geltungsbereichs der RFNP-Änderung.

Die ermittelten Bergbauschäden wurden zwischenzeitlich saniert.

4.2 Altlastenverdachtsflächen / Methanausgasungen

Chemisches Untersuchungsamt, Stadt Bochum, 2012: Orientierende Untersuchung für den Rahmenplan Feldmark/Havkenscheid – hier: Wohnen an der Feldmark –

Das o. g. Gutachten bezieht sich auf den gesamten Bereich Quartier Feldmark. Die folgenden Aussagen beschränken sich auf das Gebiet des Änderungsbereiches:

Organoleptische Auffälligkeiten wurden bei der Bodenansprache nicht beobachtet. Die Oberbodenmischproben erfüllten alle die Anforderungen der BBodSchV an Kinderspielflächen.

Aus der bisherigen langjährigen Nutzung des Geländes sind Zuwegungen und geringe Versiegelungen vorhanden. Insbesondere hier kann nicht ausgeschlossen werden, dass aufgefüllte Böden unbekannter Herkunft und Mächtigkeit bei der Baureifmachung angetroffen werden können. Eine entsprechende Prüfung hat in nachgelagerten Verfahren zu erfolgen.

Hinweis zu Methanausgasungen:

Das Plangebiet liegt in der Zone 2 der Karte der potentiellen Grubengasaustrittsbereiche im Stadtgebiet Bochum (Hollmann, November 2000; überarbeitet im April 2005). Gemäß dem Gutachten "Potentielle Gefährdungsbereiche aus Methanzuströmungen im Stadtgebiet Bochum" sind im gesamten Bereich kritische, aus dem Steinkohlengebirge stammende Methanzuströmungen hinreichend wahrscheinlich. Risiken sind nicht vernachlässigbar. Aufgrund der meist diffus auftretenden Gaszuströmungen werden in Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung für Bergbau und Energie Untersuchungen für erforderlich gehalten, die mit der unteren Bodenschutzbehörde abzustimmen sind. Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse sind dann bei Neubauvorhaben und bei Tiefbaumaßnahmen gegebenenfalls Vorsorgemaßnahmen einzuplanen, die durch einen Sachverständigen zu konzipieren sind. Da es zur bautechnischen Beherrschung von Methanaustritten bislang keine technischen Normen oder einheitliche Ausführungsrichtlinien gibt, bieten das für die Ausführung von Gasflächendrainagen entwickelte "Handbuch Methangas" der Stadt Dortmund und das "Handbuch zur bautechnischen Beherrschung von Methanaustritten mittels Geotextilien" der "TFH Georg Agricola" in Bochum technische Lösungen an.

Des Weiteren muss bei Baumaßnahmen mit Eingriffen in den Untergrund > 0,5 m unter Geländeoberfläche (z.B. bei dem Erstellen einer Baugrube, bei Rückbau- oder Kanalbaumaßnahmen) mit Gaszuströmungen gerechnet werden. Daher sollten im Zuge von Erdarbeiten und in der offenen Baugrube kontinuierlich Bodenluftmessungen auf CH₄-Gehalte durchgeführt werden. Die Messergebnisse sollten protokolliert und der unteren Bodenschutzbehörde vorgelegt werden.

4.3 Artenschutz / Landschaftspflegerischer Begleitplan

Für den Bebauungsplan Feldmark wurden 2014 die Daten erhoben, das heißt eine Bestandsaufnahme und Bewertung der Biotopstrukturen ist erfolgt (LBP Leistungsphase 1-2). Ebenso wurde eine Artenschutzprüfung Stufe I durchgeführt, ohne dass die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG erkennbar waren.

Im B-Planverfahren ist demnach keine vertiefende Art-Zu-Art Prüfung erforderlich.

Zum Zeitpunkt der Gutachtenvergabe umfasste der Geltungsbereich des Bebauungsplans 900 noch die gesamte Feldmark. Später wurde der Bereich des Bebauungsplans 932 auf Grund der erforderlichen RFNP-Änderung gesondert abgegrenzt. Die ASP bezieht sich sowohl auf B-Plan 900 als auch auf 932.

Es ist vorgesehen, ein Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO zu errichten. Das grundsätzliche Erschließungs- und Bauungskonzept ist im Rahmenplan dargestellt. Detaillierte Flächenangaben liegen noch nicht vor, da das Entwurfskonzept noch von der Rahmenplan-ebene in die Maßstäblichkeit des Bebauungsplans überführt werden muss. Entsprechend wurde auch das tatsächliche Ausgleichserfordernis noch nicht ermittelt.

4.4 Forschungsprojekt „Plan4Change“

Die Planungen für den OSTPARK wurden von Oktober 2014 bis September 2017 wissenschaftlich durch das öffentlich geförderte Forschungsvorhaben „Plan4Change“ begleitet.

Projektpartner: Ruhr Universität Bochum, Geographisches Institut, Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU) und Stadt Bochum

Prozessmanagement: EPC Projektkommunikation

Ziel: Umsetzung einer klimawandelangepassten Stadtentwicklung anhand des Modellprojektes OSTPARK.

Die Planungen für den OSTPARK wurden intensiv begleitet. Durch wissenschaftliche Modellierungen wurden verschiedene Varianten des Bebauungskonzepts gegenübergestellt und in Hinblick auf die Klimaanpassung optimiert.

Die Stadt Bochum hat mit „Plan4Change“ einen außergewöhnlichen Weg beschritten, um mögliche negative Auswirkungen der neuen Bebauung auf das Stadtklima auf ein Minimum zu beschränken. Die Erkenntnisse werden auch nach dem Abschluss des Projektes für die folgende Planung genutzt.

4.5 Immissionen

Auf den Änderungsbereich wirken Lärmimmissionen insbesondere durch die unmittelbare Nähe des Sheffield-Rings ein. Die Beeinträchtigungen und welche Maßnahmen gegebenenfalls getroffen werden müssen, wurden ermittelt. Unmittelbar westlich des Sheffield-Rings ist eine Lärmschutz-Wall-Wand-Kombination geplant. Entsprechende Pläne liegen bereits vor. Das Lärmgutachten wird derzeit für die Bebauungsplanverfahren 932 und 900 erarbeitet.

5 Sonstige Belange

5.1 Bodendenkmalpflege

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie in Westfalen, Außenstelle Olpe (Telefon: 02761/93750, Fax 02761/937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW). Diese Ausführungen beziehen sich auf die Durchführung des Vorhabens. Im Rahmen der Umweltprüfung zum RFNP-Änderungsverfahren wurde im Vorfeld geprüft, ob sich Anhaltspunkte in Bezug auf potenzielle Bodendenkmale ergeben.

Die Planänderungsfläche wurde nach Abschluss der Grabungen vom LWL als bodendenkmalpflegerischer Sicht mit Schreiben vom 23.01.2017 zur Bebauung freigegeben.

5.2 Verkehr

Die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel ist zum einen über die Straßenbahnlinien 302 und 310, die auf der Wittener Straße verkehren (Haltepunkt Mettestraße in ca. 7 Minuten fußläufiger Entfernung) gegeben. Zum anderen wird das Quartier direkt über die Buslinien 360 und 368 angebunden, die am Zentralfriedhof halten und zum Hauptbahnhof verkehren. Über den Werner Hellweg und die Wittener Straße ist das Plangebiet darüber hinaus mit der Buslinie 345 erreichbar. Im Zuge der Änderung des Liniennetzplanes wird der Takt auf der Feldmark verdichtet und eine zusätzliche Haltestelle eingeplant.

Die Erschließung des Plangebietes für den MIV erfolgt über die Straßen „Feldmark“, Immanuel-Kant-Straße sowie über die Planstraßen des Bebauungsplangebietes Nr. 900. Über die Wittener Straße ist die ca. 3 km entfernte Bochumer Innenstadt zu erreichen. Autobahnanlüsse sind über den Sheffield-Ring (A 40) und Werner Hellweg (A 43) erreichbar.

5.3 Fernwärme

Das Plangebiet ist für die Fernwärmeversorgung durch die Stadtwerke Bochum Holding GmbH vorgesehen. Diese Fernwärme hat einen Primärenergiefaktor von 0,44 und erfüllt damit die Anforderungen der aktuellen Energieeinsparverordnung.

5.4 Verbandsgrünflächen des RVR

Die RFNP-Änderung liegt im südwestlichen Randbereich der Verbandsgrünfläche Nr. 7 des RVR. Eine entsprechende Beteiligung erfolgte im laufenden Verfahren (siehe Pkt. 6.2). Nach Rechtswirksamkeit der RFNP-Änderung ist das Verbandsverzeichnis Grünflächen vom RVR entsprechend anzupassen.

6 Verfahrensablauf

6.1 Verfahren

Der Einleitungs- und Erarbeitungsbeschluss für das vorgelegte Änderungsverfahren des RFNP wurde von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 23.11. und dem 19.12.2016 gefasst. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit sowie das Scoping fand vom 23.01. bis 23.02.2017 statt. Die öffentliche Auslegung wurde zwischen dem 17.04. und dem 17.05.2018 durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende förmliche Beteiligung / öffentliche Auslegung fand vom 05.06. bis 06.07.2018 / 25.06. bis 25.07.2018 statt. Für eine Verlängerung der Regelauslegungsfrist von einem Monat lag kein wichtiger Grund vor (Planverfahren ohne besondere Komplexität).

Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPIG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Die synoptische Darstellung der in der förmlichen Beteiligung vorgebrachten Anregungen und der Stellungnahmen der Verwaltung beinhaltet die Ergebnisse der Erörterung.

Anregungen, über die keine Einigkeit erzielt werden konnte, werden ebenfalls aufgezeigt. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) wird das RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

6.2 Einvernehmen des RVR

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR erarbeitet daher derzeit einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist seit dem verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbe-

schluss des Regionalplans Ruhr am 06.07.2018 das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen.

Der Verbandsversammlung des RVR ist in der Sitzung am 05.10.2018 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden. Damit ist das Einvernehmen mit dem RVR hergestellt.

6.3 Umgang mit den Stellungnahmen

Im Rahmen der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine wesentlichen Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt haben. Aufgrund vorgetragener Hinweise und Anregungen von beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung entsprechend angepasst.

Im Rahmen der Bebauungsplanverfahren Nr. 932 und 900 wurden Gutachten erstellt und ein Forschungsvorhaben (Plan4Change) durchgeführt und ausgewertet (siehe Kapitel 4), die im Änderungsverfahren Berücksichtigung finden. Eine Änderung der Plandarstellung erfolgte daraus nicht.

7 Flächenbilanz / Monitoring

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan-Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan-Ebene	
Grünflächen – Friedhof –	Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche	3,7	Wohnbauflächen	Allgemeine Sied- lungsbereiche	3,7
Summe		3,7	Summe		3,7

Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPg) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.

Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe auch Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung).

Der erste Baustein umfasst die Ermittlung und Bewertung der steuerungsrelevanten Daten und Indikatoren. Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen. Indikatoren sind u. a. die Änderung der Flächengröße bei Schutzgebieten, die Inanspruchnahme naturnaher u. schutzwürdiger Böden sowie die Veränderung der Bodenbelastung, der Gewässerzustände / Qualitäten, der lufthygienischen Situation, der klimatischen Last- und Ausgleichsräume, der Lärmsituation, von Bau- u. Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen, des Verhältnisses Siedlungs- u. Verkehrsflächen zu Freiflächen der Realnutzung.

Der zweite Baustein nutzt die Abschichtung von Informationen über potenzielle Umweltauswirkungen aus nachgeordneten Planverfahren. Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung

bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.

Der dritte Baustein des Monitorings umfasst die Nutzung der Informationspflicht der Behörden, die nach § 4 (3) BauGB verpflichtet sind, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen zu unterrichten. Gehen Hinweise auf durch die Planung ausgelöste, unvorhersehbare nachteilige Umwelt-auswirkungen bei der Planungsgemeinschaft (Geschäftsstelle) ein oder werden Hinweise im Rahmen der Informationspflicht der Behörden abgegeben, so wird diesen nachgegangen.

Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raubeobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.

Das Monitoring des RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.

Teil B: Umweltbericht

(Siehe separates Dokument)